

Redebeitrag der Allianz für Kritische und Solidarische Wissenschaft auf der Kundgebung des „Bündnisses für gerechten Frieden in Palästina und Israel“ am 15.02.25 in Berlin

„In Gaza gibt es kein universitäres Leben mehr. Die israelische Armee hat alle Universitäten dem Erdboden gleichgemacht. Studierende und Lehrkräfte sind bewusst getötet worden. Auch Archive, Bibliotheken und Museen wurden von der israelischen Armee gezielt zerstört. Wir verurteilen diesen Scholastizid auf das Schärfste. Die systematische Zerstörung des Bildungswesens ist ein bewusster Versuch, die Kultur, Identität, Geschichte und Erinnerung der palästinensischen Bevölkerung auszulöschen.

An deutschen Universitäten und weltweit demonstrieren Studierende gegen den Genozid an der palästinensischen Bevölkerung in Gaza. Sie protestieren gegen die immer massivere und völkerrechtswidrige Gewalt im besetzten Westjordanland. Politiker:innen aller Parteien sowie große Teile der Medien diffamieren diese Proteste pauschal als antisemitisch. Studierende werden kriminalisiert, verprügelt, inhaftiert, von Abschiebung bedroht. Als wir Lehrende ihr Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verteidigten, hat uns die BILD-Zeitung als „Universitäter“ verleumdet. Die ehemalige Bildungsministerin ließ sogar prüfen, ob uns die Fördermittel entzogen werden könnten. Was nicht passierte: eine Auseinandersetzung mit den Forderungen der Proteste. Die große Masse der Proteste hat in der Sache Recht, doch statt gehört zu werden, diffamiert man sie.

Als Allianz für Kritische und Solidarische Wissenschaft sind wir solidarisch mit Studierenden und Lehrenden weltweit, die ein Ende des Genozids in Palästina fordern. Wissenschaftsfreiheit ist keine abstrakte Idee, sondern gelebte Praxis. Wir setzen uns für eine emanzipatorische Lehre und Forschung ein. Wir engagieren uns dafür, dass Universitäten Orte bleiben, an denen schwierige und kontroverse Diskussionen geführt werden können, ja müssen. Nach politischem Druck sagte die Freie Universität Berlin den öffentlichen Vortrag der UN-Sonderberichterstatteerin Francesca Albanese am nächsten Mittwoch ab. Diese Absage ist Teil repressiver Maßnahmen, die Kritik an der israelischen Politik und ihrer Unterstützung durch Deutschland unterdrücken sollen.

Die Maßnahmen zeigen: Gaza und der Umgang mit den Völkerrechtsverbrechen dort sind Indizien für das Abrutschen in autoritäre Praktiken. Im Namen der Staatsräson und aus bedingungsloser Unterstützung für die rechtsextreme israelische Regierung opfern Politiker Stück für Stück unsere Grundrechte. Der jüngste Schritt: Am 29. Januar haben Grüne bis AfD gemeinsam im Bundestag einen Antrag zur Bekämpfung von Antisemitismus und Israelfeindschaft an Schulen und Hochschulen beschlossen. Dieser Antrag ist ein Frontalangriff auf die Wissenschaftsfreiheit. Er bestimmt, dass eine politisch motivierte und umstrittene Definition von Antisemitismus als Grundlage zur Beurteilung dient, ob Antisemitismus vorliegt. Die vagen Formulierungen dieser IHRA-Definition erlauben es, Kritik an der israelischen Politik, als antisemitisch zu diskreditieren. Während Israels Regierung und ihre Unterstützer offen ethnische Säuberungen fordern, sollen Forschung und Lehre an Universitäten und Schulen zensiert werden. Lehrende sollen überwacht werden, Studierenden und Schüler\*innen wird mit Disziplinarmaßnahmen gedroht. Politisches Engagement und Demokratiebildung werden so unmöglich gemacht.

Wir weigern uns, diesem Druck nachzugeben, und sagen: Nicht in unserem Namen!

Wir fordern:

- Das sofortige Ende genozidaler Gewalt und den sofortigen Stopp von Waffenlieferungen an Israel
- Finanzielle Hilfe beim Wiederaufbau der Universitäten in Gaza und Unterstützung palästinensischer Wissenschaftler\*innen und Studierender
- Das Ende der Repressionen gegen Studierende, die ihre und unsere Grundrechte verteidigen
- Schluss mit der unzulässigen politischen Einflussnahme auf die Universität und Respekt für das Völkerrecht“